

Angelika Beer MdEP

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 / ASP 08 H 240
B-1047 Bruxelles/Belgien
fon: 0032-2-284-5135
fax: 0032-2-284-9135

Büro im Deutschen Bundestag
Unter den Linden 50 / Büro 2.111
D-11011 Berlin
fon.: 0049-30-227-70021
fax: 0049-30-227-76017

mail: angelika.beer@europarl.europa.eu
www.angelika-beer.de

Stand: November 2007; pathword 2007





Brandwaffen und Uran-Munition ächten

Ein Mitglied von Portugals Abteilung zum Schutz vor Radioaktivität misst im Januar 2001 in den Ruinen einer 1999 von NATO-Bomben zerstörten Hühnerfarm in Krivova (Kosovo) mögliche Radioaktivität. UN-Experten fanden bisher erhöhte Werte für Radioaktivität an acht von elf untersuchten Kampfplätzen im Kosovo.



Brandwaffen wie z. B. „Weißer Phosphor“ sind so genannte „inhumane Waffen“, die auf besonders grausame Weise Zivilisten, Soldaten und Soldatinnen töten, indem sie ihnen schwerste Verbrennungen zufügen. Wir fordern die Ausweitung des Geltungsbereichs von Protokoll Nr. 3 des CCW-Übereinkommens auf Brandwaffen einschließlich Weißen Phosphors und Uran-Munition.



Grenzüberschreitender Waffenhandel ist nach wie vor ein großes Problem in Krisengebieten. Diese Waffen wurden im Juli 2007 von pakistanischen Polizisten an der Grenze zu Afghanistan sichergestellt.

Auch Kleinwaffen sind Massenvernichtungswaffen. Die EU steht in der Pflicht, die EU-Strategie zur Bekämpfung von Kleinwaffen und leichten Waffen schnellstmöglich umzusetzen. Unser Ziel ist ein „Global Arms Trade Treaty“, das den Kleinwaffenhandel einschränkt, die Registrierung aller Feuerwaffen verlangt und wirksame Maßnahmen auch gegen Waffenhändler und andere nicht-staatliche Akteure vorsieht.

Kleinwaffenhandel zurückdrängen

Waffenexporte entschieden begrenzen

Die EU-Mitgliedsstaaten gehören zu den wichtigsten Waffenexporteuren der Welt. Die EU steht in der Verantwortung, Waffenlieferungen in Krisengebiete zu unterbinden und den auf Eis liegenden Verhaltenskodex für Waffenausfuhren endlich als rechtsverbindliches Instrument anzunehmen. Waffenembargos aus menschenrechtlichen Gründen wie etwa gegen China müssen von dem Inkrafttreten des Verhaltenskodexes unberührt bleiben.

Bis 2003 wurden 4000 „Stinger“-Boden-Luft-Raketen, die mit einem deutschen Lenksystem ausgestattet sind, in die Türkei geliefert. Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteur der Welt.



US-Verteidigungsministerium



Unter dem Motto „Waffen unter Kontrolle“ zeigten Demonstranten im Juni 2007 in Berlin 600 Gesichter auf Fototafeln. Die Demonstration war Teil der Kampagne von amnesty international und Oxfam „Eine Million Gesichter für die Kontrolle des internationalen Waffenhandels“.

Links

Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges
www.ippnw.de

The Parliamentary Network for Nuclear Disarmament (PNND)
www.pnnd.org

Abolition 2000 Europe
www.abolition2000europe.org

Mayors For Peace
www.mayorsforpeace.org

2020 Vision Campaign
www.2020visioncampaign.org

Atomwaffen A-Z
www.atomwaffena-z.info

International Campaign to Abolish Nuclear Weapons www.icanw.org

Aktionsbündnis Landmine.de
www.landmine.de

International Campaign to Ban Landmines
www.icbl.org

Nein zu Streubomben
www.streubomben.de

International Coalition to Ban Uranium Weapons
www.bandepleteduranium.org

Waffen unter Kontrolle
www.controlarms.org

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
www.gkke.org



Konkrete Abrüstungsschritte
Abrüstung jetzt!
für die Friedensmacht Europa

von Angelika Beer MdEP





Aufrüstung stoppen – vertragsbasierte Kontrolle stärken

Lange her: 1987 unterzeichneten Ronald Reagan und Michail Gorbatschow den INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen (hier beim Empfang am 8.12.1987 in Washington). Heute droht Russland angesichts der amerikanischen Raketenabwehrpläne mit der Kündigung des Vertrages.

Weltweit wird aufgerüstet, die atomare Weiterverbreitung ist in vollem Gange, Kleinwaffen zirkulieren unkontrolliert von Konflikt zu Konflikt, und besonders menschenverachtende Waffen wie Landminen, Streubomben oder Uran-Munition werden weiterproduziert und eingesetzt. Die Idee der vertragsbasierten multilateralen Abrüstungs- und Rüstungskontrolle droht von aktuellen Entwicklungen überrannt zu werden. Die Europäische Union muss in Sachen Abrüstung die Führungsrolle übernehmen. Wir fordern mit den folgenden Abrüstungsschritten konkrete Taten statt Worte.



Atommacht Pakistan: Eine Mittelstreckenwaffe vom Typ „Ghauri“ auf einer mobilen Abschussrampe 2003 in Islamabad. Die Rakete kann atomare Sprengköpfe von bis zu einer Tonne tragen und hat eine Reichweite von 1500 km.

Atomwaffen ächten

Unser oberstes Ziel ist die Ächtung aller Atomwaffen. Wenn Europa als Wertegemeinschaft ernst genommen werden will, muss die EU sich zur atomwaffenfreien Zone erklären.

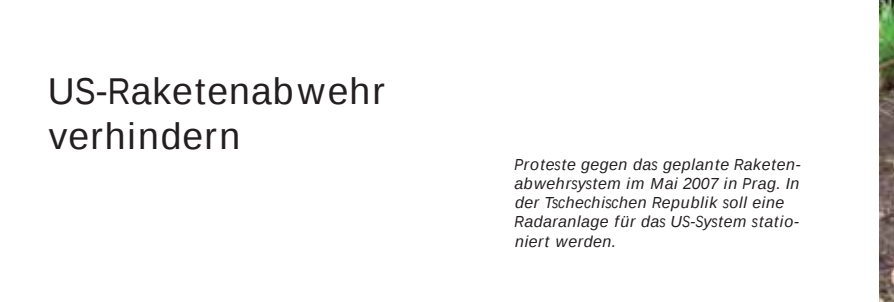
Die Modernisierung britischer und französischer Atomwaffenarsenale wie auch die Lagerung von US-Atomwaffen in Europa widersprechen allen Abrüstungsforderungen des Nichtweiterverbreitungsvertrages und befördert neue Rüstungsspiralen. Wir fordern den Abzug aller taktischen US-Atomwaffen aus Europa und die Abrüstung der französischen und britischen Arsenale.



Irans IAEA-Botschafter Ali Ashgar Soltanieh (links) im Gespräch mit IAEA-Generalsekretär Mohamed El-Baradei im November 2006 in Wien.

Der Kampf gegen die atomare Weiterverbreitung wird durch die weltweite Förderung der Risikotechnologie Atomkraft konterkariert. 50 Jahre nach der Gründung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA braucht sie ein neues Mandat: Kontrolle von Nukleartechnologie stärken - Förderung einstellen. Die EU muss eine kohärente Nichtweiterverbreitungspolitik betreiben und Nukleardeals wie die zwischen USA und Indien durch Veto verhindern.

Weiterverbreitung stoppen



US-Raketenabwehr verhindern

Proteste gegen das geplante Raketenabwehrsystem im Mai 2007 in Prag. In der Tschechischen Republik soll eine Radaranlage für das US-System stationiert werden.



Die Pläne der USA zur Aufstellung eines nationalen Raketenabwehrschirmes in Europa riskieren einen neuen Rüstungswettlauf. Sie spalten Europa, sie unterwandern die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, sie motivieren Russland zu rüstungspolitischen Gegenmaßnahmen und versetzen der vertragsbasierten Sicherheitsarchitektur (KSE-Vertrag, INF, ABM etc.) den Todesstoß. Europa muss mit einer Stimme sprechen und diese Pläne entschieden zurückweisen.



Landminen bannen

Minenräumung in Kambodscha. In dem Land gibt es rund 36.000 amputierte Minenopfer. Landminen töten auch im Frieden weiter. Jedes Jahr passieren 700 bis 800 Unfälle mit Minen und ähnlicher Munition.

10 Jahre nach Inkrafttreten des Ottawa-Abkommens zur Ächtung von Landminen ist es von etwa 50 Staaten immer noch nicht unterzeichnet. Es ist ein Armutszeugnis für die EU, dass Polen und Finnland dem Abkommen noch nicht beigetreten sind. Die EU muss ebenso auf die UN-Sicherheitsratsmitglieder Russland, USA und China einwirken, das Abkommen anzunehmen. Dringend erforderlich ist darüber hinaus eine umfassendere Definition von Landminen, die insbesondere auch Anti-Fahrzeug-Minen einschließt. Nichtstaatliche Gruppen („Geneva Call“) sollen miteinbezogen werden.



Bis zu 30% der Submunition von Streubomben explodiert nicht, sondern vermint das Gelände wie hier in Hilla im Irak.

Streubomben verbieten

Streubomben „verminen“ große Flächen, gefährden vor allem die Zivilbevölkerung sowie den Wiederaufbau und die Entwicklung eines betroffenen Landes. Wir fordern von der EU und den Mitgliedsstaaten, den Oslo-Prozess zum internationalen Verbot der Herstellung, Lagerung und Verwendung von Streubomben voll und ganz zu unterstützen. Eine „technische Lösung“, die auf eine verringerte Blindgängerquote der Streubomben abstellt, ist mehr als zynisch gegenüber den Opfern und inakzeptabel.